

Erntebblatt 6 Focusgruppe 13b

Integration/Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Datum: 20.07.2012, 15.30-17.30 Uhr im Eugen-Loderer-Altenzentrum

Sitzungsleitung: Kurt Wehrmeister als Themenpate

TeilnehmerInnen:

Eva Oppermann, Frauke Donat, Dr.Hermann Schweickert

Themen / Inhaltliche Schwerpunkte

Integration/Inklusion und Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung

Nach gemeinsam geführten Gesprächen mit Geschäftsführung und Mitarbeitern der Lebenshilfe legt K. Wehrmeister eine Ergebnisstellungnahme zur abschließenden Bearbeitung vor (**siehe unten Ergebnisse**).

Ergebnisse

Zielgruppe: Menschen mit geistiger Behinderung

„Mittendrin statt außen vor“

-Chancengleichheit statt Diskriminierung, Inklusion statt Integration –

1. Die UN-Behindertenrechtskonvention

Die 2006 verabschiedete, 2008 in Kraft getretene UN- Behindertenrechtskonvention konkretisiert Menschenrechte für die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen, um ihnen die gleichberechtigte Teilhabe bzw. Teilnahme am gesellschaftlichen Leben sowie die uneingeschränkte Wahrnehmung der Bürgerrechte zu ermöglichen. Diskriminierung soll unterbunden und Chancengleichheit gefördert werden. Gefordert wird Inklusion statt Integration, d.h. Menschen mit Behinderungen wie allen anderen Personen von vornherein die Teilhabe an allen gesellschaftlichen Aktivitäten auf allen Ebenen und in vollem Umfang zu ermöglichen. Die Betroffenen haben nicht die Aufgabe, ihre Bedürfnisse an angebliche gesellschaftliche Notwendigkeiten anzupassen, sondern die Gesellschaft hat die Aufgabe, sich auf die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen einzustellen. Dies schließt eine inklusive Bildung ein.

2. Aktuelle „Barrieren“ in Heidenheim

Nachwievor stößt die Umsetzung der Konvention auch im öffentlichen Leben der Stadt Heidenheim schnell an ihre Grenzen, nachwievor braucht es auch in unserer Stadt ein gesamt-gesellschaftliches Umdenken, um nicht nur die Barrieren im öffentlichen Raum sowie in öffentlichen und privaten Einrichtungen abzubauen, sondern vor allem und zuerst in den Köpfen der Bevölkerung.

2.1. Das Interesse der Gesellschaft an der Zielgruppe sowie deren Wertschätzung ist nachwievor eher verhalten, ihre Präsenz sowie ihre Wahrnehmung im öffentlichen Alltag gering.

Natürlich steht die Teilnahme an allen öffentlichen Veranstaltungen auch der Zielgruppe offen, doch in ihrer Eigenwahrnehmung weiß diese oft nicht ob sie sich wirklich auch eingeladen und erwünscht fühlen darf

Auch die Heidenheimer Presse zeigt sich – wie an der Lebenssituation der hilfe-und pflegebedürftigen Personen – an den Belangen der Zielgruppe wenig interessiert.

2.2. Erschwerend ist, daß der Standort der Werkstätten (254 Personen mit Werkstattstatus, 46 Personen mit Förderstatus) und Wohnheime (80 Personen in zwei Wohnheimen, 25 Personen in betreutem Wohnen in der Stadt) der Lebenshilfe im Haintal („außen vor statt mittendrin“!) die Teilhabe am öffentlichen Leben nicht einfacher macht.

Auch ist es bis heute aus unterschiedlichen Gründen nicht gelungen, einen attraktiven innerstädtischen Bauplatz für ein zusammen mit der Königin-Olga-Schule der Nikolauspflge geführtes Wohnheim zu erwerben.

2.3Die Busverbindungen am Wochenende sind ein weiteres Hindernis: Auch die Bereitschaft der BusfahrerInnen, sich auf die besonderen Beschwerden und Bedürfnisse der Zielgruppe einzulassen (Körperbehinderte, Rollator- und Rollstuhlfahrer) ist häufig nicht immer sehr ausgeprägt. .

3. Auf dem Weg zu mehr Inklusion

3.1 Städtische Handlungsfelder

Die im Maßnahmenkatalog für „Hilfebedürftige Senioren“ (siehe dort: Anlage zu Erntebblatt 3) aufgeführten städtischen Handlungsfelder treffen weitgehend auch für diese Zielgruppe zu. Die dort unter 3.1 aufgeführte „Geschäftsstelle für Senioren“ soll als „Geschäftsstelle für hilfebedürftige Senioren und Personen mit Behinderungen“ firmieren,

entsprechend ein eigenes Budget im städtischen Haushalt. Vorstellbar ist zusätzlich auch die Bestellung einer „Ombudsperson“ für die Belange dieses Personenkreises.

Insbesondere ist für den Personenkreis mit geistiger Behinderung zu nennen:

Die Stadt wirbt mit einer offensiven Öffentlichkeitsarbeit für die Wertschätzung sowie die Teilhabe und Teilnahme der Zielgruppe am öffentlichen Leben. Sie weckt und verstärkt damit das Verständnis und die Aufmerksamkeit, das Interesse und die Neugier für diesen Personenkreis.

Sie lädt Bewohner der Wohnheime, insbesondere deren Heimbeiräte offiziell zu öffentlichen Veranstaltungen der Stadt ein.

Sie bewirbt und fördert Aktivitäten und Projekte von städtischen Bildungseinrichtungen und Kulturträgern, Schulen und Vereinen mit den Werkstätten und Wohnheimen der Lebenshilfe. Vorbild hierfür ist das Projekt „bridge“ („Brücken schlagen in die Gemeinde) der „Aktion Mensch“, bei dem Fördergelder ausschließlich für inklusive Aktivitäten bewilligt werden.

Zusammen mit der IHK Ostwürttemberg wirbt sie bei Betrieben für externe Praktikaplätze und „Helfer-Stellen“ für Werkstattbeschäftigte der Lebenshilfe sowie für die Förderung und Vermittlung von Werkstattbeschäftigten auf den ersten Arbeitsmarkt. In Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit in Kooperation mit der Arbeiterwohlfahrt leistet die Lebenshilfe hierzu ihren Beitrag mit dem Projekt „Unterstützt Beschäftigung“.

Sie bewirbt die Schaffung und Vermittlung von „Alltagsbegleitung“ in der Altenhilfe: „Fitte“ jüngere Personen mit Behinderung erbringen mit ihren Kompetenzen kleine Dienstleistungen (persönliche Begleitung im Alltag, Hausputz, Einkäufe, Winterdienst u.a) für hilfebedürftige Senioren. Eine win-win-Situation!

Schrittweise schafft sie die Voraussetzungen für das Angebot inklusiver Krippen- und Kindergartenplätze in den städtischen Kindergärten sowie eine inklusive Orientierung in den städtischen Schulen.

Wie die Einrichtungen für den Personenkreis der „Hilfebedürftige Senioren“ (siehe dort 3.14) sowie die für die Personen mit chronischer psychischer Erkrankung werden die Einrichtungen der Lebenshilfe als werbewirksamer Standortfaktor verstanden.

Verbunden mit einer Auftaktveranstaltung präsentiert sie im Rathaus die Wanderausstellung der Gedenkstätte Grafeneck e.V., die das „Euthanasie“-Verbrechen, die Ermordung von über 16.000 Kranken und Personen mit Behinderung in Grafeneck im Jahr 1940 dokumentiert und einem breitem Publikum zugänglich macht.

Heidenheim erklärt sich als behindertenfreundliche Stadt.

3.2 Weitere Handlungsfelder

Die Heidenheimer Presse widmet mit Reportagen und ausführlicher Berichterstattung von besonderen events mit Personen mit Behinderung diesem Personenkreis mehr Aufmerksamkeit.

Die HVG sorgt insbesondere an Samstagen sowie an Sonn- und Feiertagen für mehr Anfahrten zu den Einrichtungen im Haintal und auf der Hansegisreute (Wohnheime der Lebenshilfe und Altenzentrum Hansegisreute). Sie leitet die BusfahrerInnen zu besonderer Rücksichtnahme auf die Beschwerden und Bedürfnisse des Personenkreises an.

Die Werbung arbeitet nicht nur mit Aufnahmen von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, sondern bewußt auch mit Bildern von Menschen mit Behinderungen.

Kurt Wehrmeister, Themenpate

Verabredungen / Nächste Schritte / Nächster Termin

- 1.** Die Gruppe befindetet, daß mit den bisher vorliegenden Ergebnissen das Thema „Menschen mit Behinderungen“ zunächst „abgearbeitet“ ist.
- 2.** K. Wehrmeister erarbeitet eine alle vorliegenden Ergebnisse zusammenfassende Abschlußvorlage und bespricht mit Frau Baumann und Herrn Jochner das weitere Vorgehen.
- 3.** Die Präsentation der Abschlußvorlage soll einschließlich konkreter Beschlußvorschläge in der KuSS-Sitzung am 11.Oktober erfolgen.
- 4.Nächster Termin:** Nach Vorliegen der Abschlußvorlage.